

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftliche Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkonten Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einschluß 1 RR. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Belage, Verkaufsfiche von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Bloß in Dresden.

Nr. 26

Dresden, Freitag, 31. Januar

1930

Finanzminister Weber zum Dr.-Ing. e. h. ernannt.

Freiburg, 31. Januar.

Wahllich der kaiserlichen Einweihung des Ehrenbüchsenbüchsen der Bergakademie Freiberg verkündete Dr. Magnitzky der Rektor Professor Dr. Walter die durch einstimmigen Beschluß des Professorenkollegiums verliehene Würde eines Dr.-Ing. e. h. an den für Finanzminister Hugo Weber in Dresden in Würdigung seiner verdienstvollen Tätigkeit für die Leitung der Ingenieure in der sächsischen Staatsverwaltung und seine tatkräftige Förderung der Forschungseinrichtungen der Bergakademie Freiberg.

Über die Einweihung werden wir morgen ausführlich berichten.

Die militärischen Sachverständigen verlassen Deutschland.

Der „D. N. Z.“ zufolge ist es der Reichsregierung gelungen in Verhandlungen mit der bolschewistischen Regierung durchzusetzen, daß die besonderen militärischen Sachverständigen abzurufen werden, die in den letzten Jahren nach Auflösung der internationalen Militärkommission einzelnen Berliner Vertretungen anderer ehemaliger Kriegsteilnehmer beigegeben worden waren. Diese Sachverständigen werden bereits am Sonnabend, den 1. Februar, Berlin endgültig verlassen.

Die Younggefesse vor dem Reichskabinett.

Berlin, 31. Januar.

Das Reichskabinett bezieht in seiner gestrigen Sitzung die Younggefesse, die Ende dieser oder Anfang nächster Woche dem Reichstag zugehen sollen. Es ist anzunehmen, daß dabei auch die Wünsche zur Sprache gekommen sind, die das Zentrum in der bekannten Mitteilung der „Germania“ zum Ausdruck gebracht hat. In Berliner politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß die durch das Zentrum aufgeworfenen Fragen in einer ersten und gründlichen Aussprache zwischen Kabinett und Fraktionsführern geklärt werden müssen. Deshalb wird der Reichskanzler die Parteiführer in den nächsten Tagen, spätestens bis Montag, zu einer Sitzung zusammenberufen, in der zunächst über die Verhandlungen mit Polen und über die Saarverhandlungen berichtet werden wird. Die Verhandlungen mit Polen, die sich namentlich auch auf das Rückkaufrecht beziehen, dürften nicht vor dem Abschluß stehen. Dagegen rechnet man damit, daß die Saarverhandlungen sich noch monatelang hinzuziehen werden, da ein großer Komplex sehr verschiedener politischer und technischer Fragen noch zu klären ist. Unser diesen Umständen ist eine Verbindung der Saarverhandlungen mit dem Youngplan vom deutschen Standpunkt aus schon allein deshalb nicht möglich, weil die Räumung der dritten Zone nicht verzögert werden darf. In der bevorstehenden Besprechung der Reichsregierung mit den Parteiführern wird zweifellos aber auch der Wunsch des Zentrums nach einer Vereinfachung der Finanzreform behandelt werden. In politischen Kreisen hofft man, daß es möglich sein wird, mit dem Zentrum eine Verständigung zu finden, und zwar auf der Basis, daß die Erleichterung der Younggefesse durch die Verkopplung mit den außerordentlich schwierigen Fragen der Finanzreform nicht verzögert, daß aber auf der anderen Seite den berechtigten Wünschen des Zentrums insofern Rechnung getragen wird, als die hinter der Regierung stehenden Parteien sich mit dem Kabinett über die Grundzüge der Haushaltspolitik für 1930/31 einigen.

Die thüringische Regierung gegen den Youngplan.

Erfurt, 31. Januar.

Staatsminister Baum machte heute im Landtag auf eine Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Frick hin die Mitteilung, daß die thüringische Regierung in ihrer letzten Kabinettsitzung gegen eine Stimme der Majorität habe, den Bevollmächtigten Thüringens zum Reichstag zu beauftragen, gegen die Annahme des Youngplans zu stimmen. Wegen dem Beschluß stimmte zunächst Baer (Deutsche Volkspartei).

Wechsel im preussischen Kultusministerium.

Berlin, 31. Januar.

Der Kmtl. Preuß. Pressebüro meldet: Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun empfing am Donnerstagmorgen den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Dr. D. Oeder, der ihm sein Rücktrittsgesuch überreichte. Ministerpräsident Dr. Braun nahm das Rücktrittsgesuch entgegen.

Ministerpräsident Dr. Braun hat Johann zum Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung den gegenwärtigen Vizepräsidenten des Provinzial-Schulkollegiums für die Provinz Brandenburg, Wilmme ernannt.

Über die Personalien des neuen Staatsministers Wilmme teilt der Kmtl. Preuß. Pressebüro u. a. mit:

Abdol Wilmme, der im 41. Lebensjahre steht und in Gostar a. Gatz geboren ist, studierte Philosophie und begann seine pädagogische Laufbahn im Jahre 1919 als Oberlehrer in Ham-

burger. Im Jahre 1923 wurde er an das Provinzial-Schulkollegium in Hannover versetzt. Im Jahre 1925 wurde er als Oberlehrer nach Magdeburg berufen und trat 1927 in das Kultusministerium für Wissenschaft und Kunst und Volksbildung als Hilfsarbeiter ein. Er wurde dort 1928 zum Ministerialrat ernannt und verblieb längere Zeit auch das Vizepräsident des Kultusministeriums. Seine Ernennung zum Vizepräsidenten des Provinzial-Schulkollegiums der Provinz Brandenburg beendete 1929 seine Tätigkeit im Kultusministerium. Staatsminister Wilmme ist publizistisch mit Schriften in der Schriftreihe der evangelischen Schulreformers hervorgetreten, um, entsprechend seiner Einstellung als religiöser Sozialist evangelischer Konfession den weltlichen Schulgedanken auch religiös zu untermauern. Er ist ferner der pädagogischen Welt bekannt als Herausgeber der maßgebenden Fachzeitschrift auf diesem Spezialgebiet, der „Monatschrift für höhere Schulen“. Politisch gehört er der Sozialdemokratischen Partei an.

Kommunistische Ausschreitungen in Hamburg.

Hamburg, 31. Januar.

Wetter mittig kam es am Vorkontroll beim Neubau des Gebäudes des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Kommunisten. Die Polizei wurde vom Neubau aus mit Steinen beworfen und mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen.

Wie die Polizei mitteilt, kam es in der ersten Abendstunde zu weiteren Zusammenstößen zwischen Polizei und Kommunisten in der Bezugsstraße und in Kollhöfen. In der Bezugsstraße hatten Demonstranten Hindernisse aus Baumplanen und Steinen aufgestellt, von wo aus die Polizei beschossen wurde, so daß sie zerteilt und gezwungen war, ebenfalls von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Die Personen verletzt worden sind, ist der Polizei nicht bekannt. Es wurden insgesamt 20 Euphorien vorgenommen.

Über die Zusammenstöße am Postenplatz meldet die Polizei: Am Donnerstag mittig gegen 12.30 Uhr hatte sich in der Straße Kollhöfen eine große Menschenansammlung gebildet. Polizeibeamte wurden beschimpft und mußten schließlich zur Räumung der Straße schreiten, wobei ihnen teilweise Widerstand geleistet wurde. Ordnungspolizeibeamte wurden von dem Neubau des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes am Postenplatz aus mit Mauersteinen und Hiebwerkzeugen beworfen und mit Laten geschlagen. Die Beamten machten von ihren Gummiknüppeln Gebrauch, auch mußten einige

Schläge auf die Angreifer abgegeben werden; soweit bis jetzt bekannt ist, wurde durch die Schläge niemand verletzt. Die Beamten erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen.

Rückförderung der Teilnehmer am „Hungermarsch“.

Hamburg, 31. Januar.

Die Teilnehmer am „Hungermarsch“ nach Hamburg werden nach den aus der Provinz Schleswig-Holstein vorliegenden Meldungen überall zurückgeführt. Einzelne Trupps Erwerbsloser konnten auf dem Wege nach Hamburg u. a. in Heide, Keldorf, Jethoe, Laegerdorf, Hork und an anderen Orten angehalten und in ihre Wohnorte zurückgeführt werden.

Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten.

Bremen, 31. Januar.

Der Beginn der für gestern abend im Kasino angelegten nationalsozialistischen Versammlung brangen 40 Kommunisten in den Saal. Der bereitstehende Saalwart stellte sich den Eindringlingen entgegen und es kam zu einer schweren Schlägerei, bei der es auf beiden Seiten Verletzte gab. Zahlreiche Versammlungsbefucher wurden von den Kommunisten, die auf die Fortgehenden lauerten, in den Nebenstraßen angehalten und schwer mißhandelt. Die Polizei nahm zahlreiche Personen fest.

Empfangsabend der Presse in Berlin.

Berlin, 31. Januar.

Die in Berlin vertretenen Zeitungen im Reich veranstalteten gestern abend ihren traditionellen Empfangsabend, an dem das offizielle Berlin in überaus großer Zahl teilnahm. Fast alle Reichsminister und preussischen Staatsminister waren erschienen, die Gesandten der Länder, die Staatssekretäre und Sachreferenten, ein großer Teil des diplomatischen Korps und die führenden Männer der deutschen Wirtschaft, der Industrie, der Banken und des Handels. Aus dem Reich waren rund 70 Zeitungserleger anwesend. Der Abend wurde eingeleitet durch eine kurze Ansprache des Berliner Botschafters der Tageszeitungen H. Garber, Laßberg-Offen. Erich Weß, der die Gäste im Namen des Berliner Verbandes der ausländischen Presse begrüßte und auf die entscheidende Bedeutung der Zeitungen im Reich für die politische und wirtschaftliche Entwicklung hinwies.

Im weiteren Verlauf des Abends ergriff der Reichsfinanzminister Dr. Koldenbauer das Wort zu einer Rede.

Nach einigen Begrüßungsworten erinnerte der Minister an die letzte Veranstaltung des Vereines

vom 7. Februar v. J., dem Tage, an dem die deutschen Sachverständigen nach Paris abreisten, um die abschließende Regelung der Reparationsfrage einzuleiten. Die an die Finigung der Sachverständigen geknüpften Erwartungen, Entspannung der Lage und Aufschwung der Wirtschaft, erfüllten sich nicht.

Auch die Wirtschaft litt während der Dauer der ganzen Verhandlungen durch die Ungewißheit des Schmeißes zwischen den einzelnen Verhandlungsphasen und des Ergebnisses. In dieser Unsicherheit trat die Erschöpfung der deutschen Kapitaldeckungsfrage.

Sodann ging der Reichsfinanzminister auf die Staatlage des Reiches über und führte dazu aus, daß die Verminderung der Reparationslasten auch eine größere Selbständigkeit in deren Erfüllung bringe. In großen Worten, wie die Reparationen, inneren Kriegslasten und anderem könne nichts gelöst werden. Daneben ständen aber eine Reihe sich vermehrender Aufgaben, bei denen berücksichtigt werden müsse, ob ihre Erwidlung sich der Entwicklung der Wirtschaft genügend angepaßt habe.

Nach seiner Überzeugung müsse der Wirtschaft,

deren zu feste Anspannung zum Sinken der Konjunktur geführt oder sie mindestens verlangsamt hätte, geholfen werden und andererseits müßten die Fehlbedürfnisse gedeckt und ein ausgeglichener Etat hergestellt werden. Beide Dinge müßten nebeneinander verfolgt werden, nur dann könne die deutsche Wirtschaft die Kraft finden, die Verpflichtungen des Youngplans, die zwar eine Erleichterung gegenüber dem Lamesplan, aber noch immer eine schwere Vorbelastung der deutschen Wirtschaft vor allen Wirtschaften bilde, zu erfüllen.

Der erste Redner der Reihe des Abends, der deutsche Rettungsvorsteher Professor Julius Ferdinand Wolff, Chefredakteur und Herausgeber der „Dresdner Neuesten Nachrichten“, dankte im Namen der Verleger des gesagten Verbandes dem Reichsfinanzminister Dr. Koldenbauer für die Offenheit, mit der er über das aktuelle Problem gesprochen hatte. Daß der Minister sich der Unterstützung der ausländischen Presse versichert habe, entspreche dem Vertrauensverhältnis, das sich durch diese Beratungen des Verbandes der ausländischen Presse herausgebildet hat.

Die Ausführungen Professor Wolffs wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Abend bot in seinem weiteren Verlauf Gelegenheit zu angeregter Aussprache.

Die Bayerische Volkspartei über Haager Abkommen und Finanzreform.

München, 31. Januar.

Leitende Kreise der Bayerischen Volkspartei haben gestern eine Beratung abgehalten, über die nunmehr eine parteiinterne Verständigung erfolgt ist. Es handelte sich um eine gemeinsame Sitzung der Landesparteileitung, der Reichstagsfraktion und der Landesfraktion der Bayerischen Volkspartei, die unter dem Vorsitz des Parteivorstandes und in Anwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten, der übrigen der Bayerischen Volkspartei angehörenden Staatsminister, des Reichspostministers Dr. Schädel und der beiden Fraktionsvorsitzenden Dr. Leicht und Dr. Rohlfus stattfand. In der Beratungen heißt es u. a.: Es bestand Einmütigkeit in der Auffassung, daß eine endgültige Stellungnahme zu dem Haager Abkommen so lange lebensfähig nicht möglich ist, als nicht festgestellt, welche Maßnahmen zur Sanierung unserer deutschen Finanzwirtschaft geplant sind und welche Gruppen im deutschen Reichstag die Verantwortung für diese Maßnahmen tragen wollen. Die Bayerische Volkspartei stellt daher, ebenso wie die deutsche Zentrumspartei, die Forderung, daß die notwendigen Maßnahmen zur dauernden Gesundung der deutschen Finanzwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden getroffen werden bevor die Entscheidung über das Haager Abkommen fällt und wird an dieser Forderung unerschütterlich festhalten.

Rosskalls Getreidemonopol.

Berlin, 31. Januar.

Gestern fand im Reichsernährungsministerium eine Aussprache mit Vertretern der Landwirtschaft, des Getreidehandels, der Mühlen, des Mehlhandels und der Bäder statt. Reichsernährungsminister Dietrich führte, nach dem „Berliner Tageblatt“ vorliegenden Informationen u. a. aus, daß der Weizenvermahlungszwang Erfolg gezeitigt und den deutschen Weizenmarkt weitgehend unabhängig vom Ausland gemacht habe. Beim Roggen wäre die Situation ganz anders. Die „Roggenwinne“ habe unerschütterliche Zustände geschaffen. Von allen Seiten wurden Vorwürfe gemacht mit dem Ziele, die überhöhten Vorteile abzubauen, etwa im Wege des forcierten Exports. Demgegenüber sei zu sagen, daß die nordischen Staaten insgesamt nur etwa 750 000 Tonnen Roggen einzuführen pflegen, worin sich Deutschland, Polen und zum Teil auch Rußland teilen müßten. Ferner werde ein Weizenvermahlungszwang (Roggenmehl zu Weizenmehl) und schließlich eine Weizenvermahlungszwang für Roggen verlangt. Alle diese Anregungen würden geprüft; irgend etwas müsse geschehen und werde geschehen, um das Roggenproblem zu lösen — natürlich durch ein Monopol. Weiter wurde über das neue Votiergesetz gesprochen, das u. a. einen Votierfraktionszwang enthalten soll.